



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

### **Kampf gegen weltweiten Hunger verstärken**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag beobachtet mit Sorge, dass Konflikte und Klimawandel zu deutlichen Rückschritten bei der weltweiten Hungerbekämpfung geführt haben. Der Welthunger-Index (WHI) in diesem Jahr dokumentiert die verheerende Wechselwirkung von Konflikten und Hunger. Die Coronapandemie verschärft die angespannte Ernährungslage in vielen Ländern des globalen Südens.

Der Landtag bekennt sich zu Art. 11 des UN-Sozialpakts, demnach jeder Mensch das Recht auf eine angemessene, ausreichende und gesunde Nahrung hat.

Der Landtag stellt fest, dass der EU eine besondere Verantwortung im weltweiten Kampf gegen Hunger und Armut sowie bei der Erreichung des verbindlichen UN-Ziels zukommt, den Hunger bis 2030 zu besiegen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihren politischen Einfluss bei der Europäischen Kommission geltend zu machen, um akute Hungersnöte einzudämmen und das Recht auf Nahrung zu stärken. Der Einsatz von Hunger als Kriegswaffe ist konsequent zu sanktionieren. Weiter sind flexible Finanzierungsmodelle nötig, die die Wechselwirkung von Ernährung und Frieden stärker in den Blick nehmen.

Weiter wird die Staatsregierung aufgefordert, sich in geeigneter Weise dafür einzusetzen

- den ärmsten Ländern der Welt zur Unterstützung im Kampf gegen den Hunger, ihre Schulden komplett zu erlassen,
- zumindest das bis Ende 2021 laufende Schuldenmoratorium in das Jahr 2022 zu verlängern,
- den Ländern des globalen Südens mehr Spielraum für Investitionen zur Bekämpfung der Pandemie sowie schnelle Soforthilfen zu gewähren.

### **Begründung:**

Mit dem UN-Sozialpakt haben sich 171 Staaten völkerrechtlich verpflichtet, das Menschenrecht auf Nahrung zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Trotzdem hungern laut dem Bericht des neuen WHI vom 14.10.2021 weltweit etwa 811 Mio. Menschen und 41 Mio. leben am Rande einer Hungersnot. Der WHI sieht durch die aktuelle Entwicklung „jegliche Fortschritte der letzten Jahre“ im Kampf gegen den Hunger bedroht.

Die Zahl der akut unterernährten Menschen ist 2020 um fast 20 Mio. gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Nach UN-Angaben stieg die Zahl inzwischen erneut auf nun 161 Mio. Menschen. Laut WHI befanden sich im Jahr 2020 weltweit 155 Mio. Menschen in einer akuten Ernährungskrise, -notlage oder -katastrophe. Besonders dramatisch ist die Lage in Somalia, Jemen, Afghanistan, Madagaskar und dem Südsudan. Untersucht worden ist die Ernährungslage in 135 Ländern, dabei wurden deutliche Rückschritte bei der Hungerbekämpfung bestätigt. Laut dem WHI werden 47 Länder bis 2030 noch „nicht einmal ein niedriges Hungerniveau erreichen“, da sie eine „gravierende, sehr ernste oder ernste Hungersituation“ haben, 28 davon liegen in Afrika südlich der Sahara. 10 Länder „mit den Schweregraden mäßig, ernst oder sehr ernst“ haben im Jahr 2021 „höhere WHI-Werte als im Jahr 2012“.<sup>1</sup>

Die Coronapandemie hat die angespannte Ernährungslage in vielen Ländern des Südens noch einmal verschärft und Millionen Familien haben ihre Existenzgrundlage verloren. Die größten Hungertreiber bleiben aber Konflikte und der Klimawandel. Die Ärmsten und Schwächsten werden von den Folgen des Klimawandels besonders hart getroffen, obwohl sie am wenigsten dazu beitragen. Der WHI kritisiert, dass die Weltgemeinschaft mit Blick auf das Ziel, bis 2030 keinen Menschen mehr Hunger leiden zu lassen, „dramatisch“ vom Kurs abgekommen sei. Gefordert wird ein „integrierter Ansatz, der Frieden und resiliente Ernährungssysteme zusammen denkt“, um einen Beitrag zur „nachhaltigen Ernährungssicherheit“ wie auch zu „dauerhaftem Frieden“ zu leisten.

Angesichts der sich dramatisch verschlechterten Situation im Kampf gegen den Hunger und der andauernden Coronakrise und ihrer wirtschaftlichen Folgen für die sich weiter verschärfte Ernährungsunsicherheit von Millionen Menschen sollen die Finanzminister der 20 führenden Wirtschaftsnationen (G20) den ärmsten Ländern der Welt über 2021 hinaus einen weiteren Aufschub bei Zins- und Tilgungszahlungen ihrer Schulden gewähren. Dazu soll das bis Ende 2021 vereinbarte sogenannte Schuldenmoratorium verlängert werden. Manchen Ländern sind die Schulden komplett zu erlassen und neben den Gläubigerländern sollen auch private Geldgeber einbezogen werden, wie Bundesminister für Finanzen Olaf Scholz bereits im Frühjahr 2021 bei einem G20-Finanzministertreffen gefordert hat.

---

<sup>1</sup> <https://www.globalhungerindex.org/de/>